

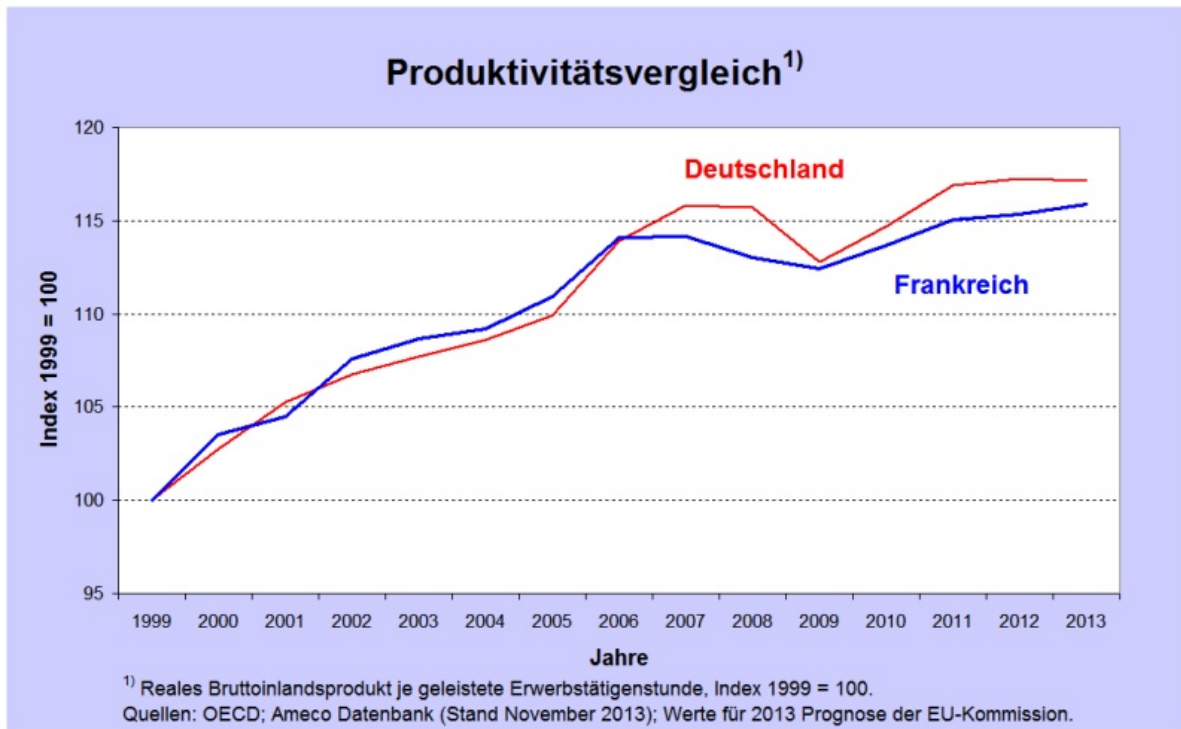
Frankreich ist der große Verlierer in der Eurozone – Doch die meisten Ratschläge für seine Gesundung sind extrem gefährlich

Von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker | 18.11.2013 (editiert am 25.05.2016)

Die [OECD warnt Frankreich](#) vor dem weiteren Verlust von Wettbewerbsfähigkeit (Der gesamte Report der OECD, nur in französisch verfügbar allerdings, findet sich [hier](#)). Anders als andere Eurozoneländer hätte Frankreich die Gelegenheit seit 2008 nicht genutzt, um seine schwache Wettbewerbsposition zu verbessern. Frankreich brauche eine konsistente Reformstrategie, um seine Produktivität zu erhöhen und seine Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen.

Zunächst, das haben wir hier schon oft gesagt, hat Frankreich keinen Produktivitätsrückstand. Weder vom Niveau her noch von der Entwicklung in der Zeit lässt sich nachweisen, dass die französische Wirtschaft deutlich weniger produktiv wäre als die des größten Konkurrenten, nämlich die Deutschlands (vgl. Abbildung 1). Auch die OECD zeigt das so in ihren Graphiken.

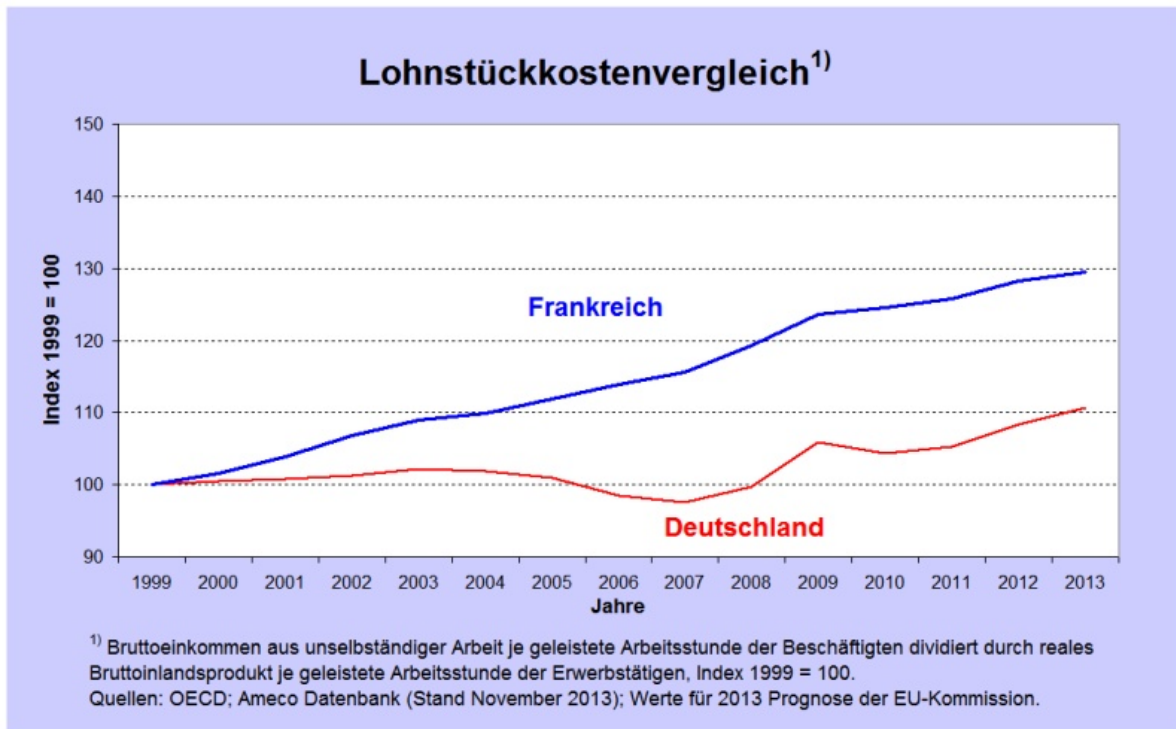
Abbildung 1



Und genau hier beginnt die Fehlinformation einer Organisation wie der OECD. Man bedient sich eines Vorurteils, um die eigenen Vorurteile zu retten. Denn wenn die OECD zugegeben hätte, dass Frankreich nur deswegen ein Problem hat, weil die Löhne in Deutschland nicht so gestiegen sind, wie es mit dem in der EWU gemeinsam vereinbarten Inflationsziel kompatibel gewesen wäre, müsste sie ja auch sagen, dass ihre Jahrzehnte alten Mahnungen nach mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt verfehlt waren.

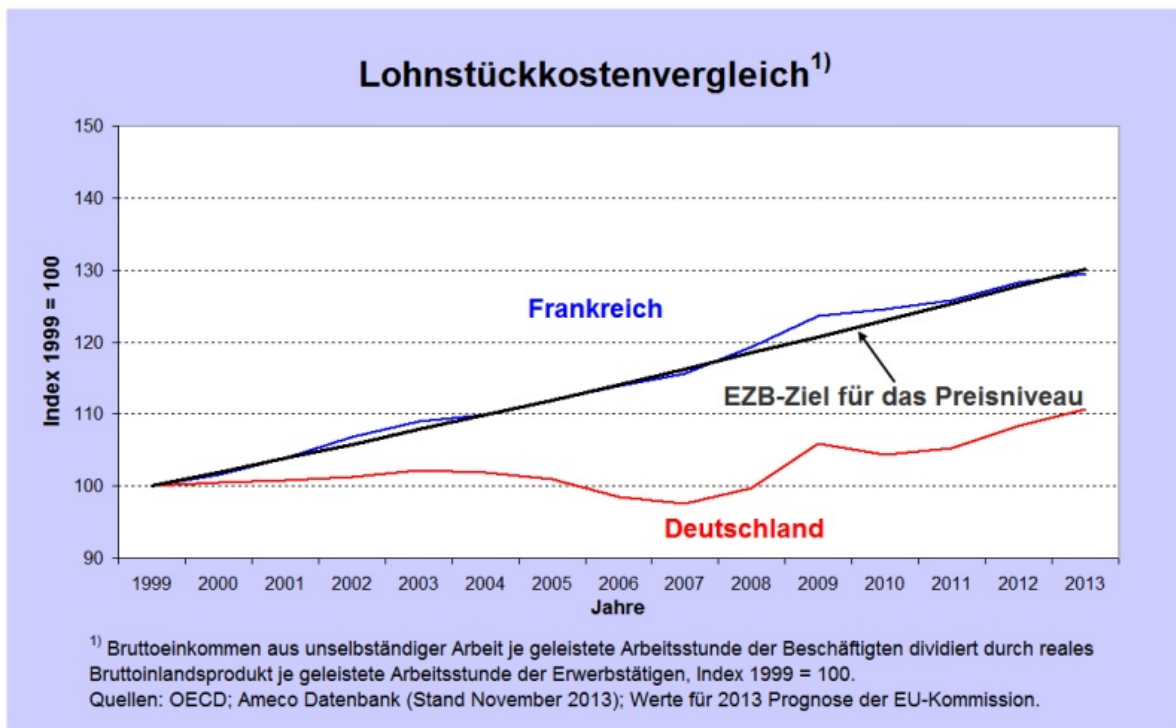
Stattdessen zeigt die OECD ein Bild der Lohnstückkosten ohne den Verweis auf das Inflationsziel und erweckt so den Eindruck eines objektiven und gerechtfertigten Vorteils für Deutschland. Wir sind dieser Darstellungsweise einmal in Abbildung 2 gefolgt:

Abbildung 2



Und nun zeigen wir dieselbe Grafik mit dem EZB-Referenzwert für die Preissteigerungsrate:

Abbildung 3

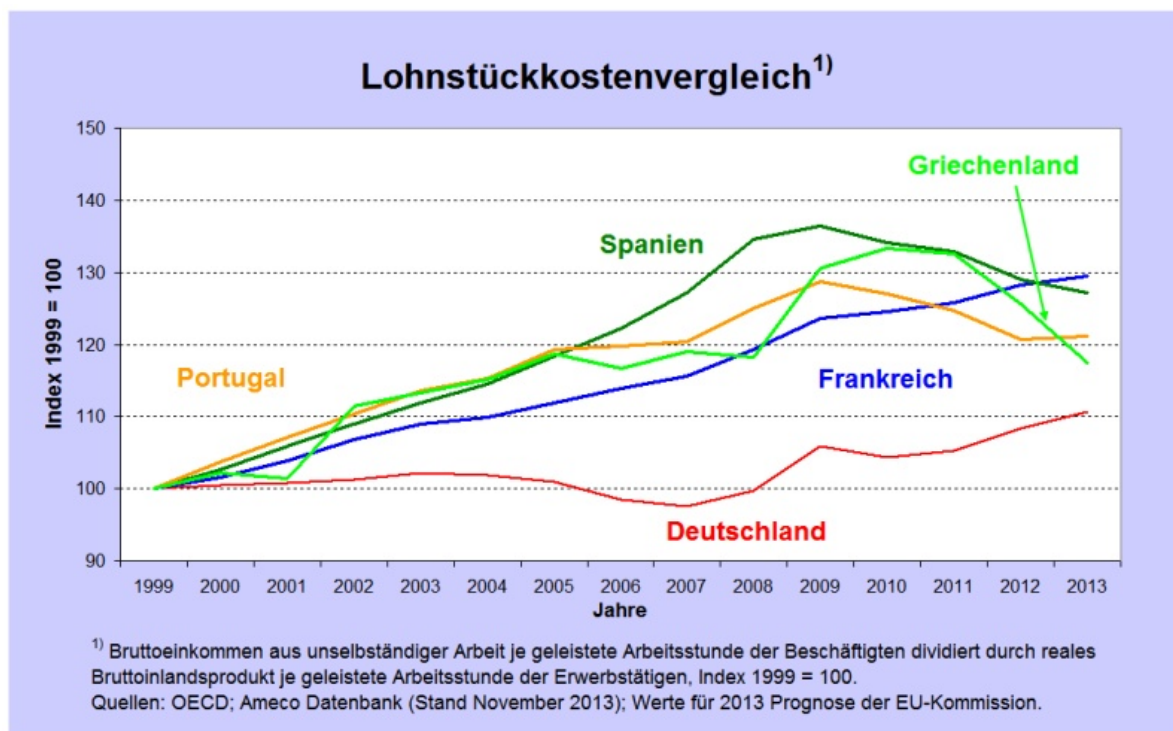


Die Wirkung beider Darstellungen dürfte auf den naiven Leser recht unterschiedlich sein.

Dann mahnt die OECD für Frankreich eine Beschleunigung des Produktivitätszuwachses „im Rahmen einer Lohnmoderation“ an. Die OECD verschweigt, dass das nur gelingen kann, wenn bei den wichtigsten Handelspartnern nicht genau das Gleiche angestrebt wird und die Deflation, die daraus für die

Eurozone insgesamt erwächst, zu keiner Aufwertung des Euro führt. Das aber ist das Problem. Alle Länder Südeuropas versuchen zur Zeit, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Deutschland versucht, seine Wettbewerbsfähigkeit zu verteidigen und hat noch immer einen großen Vorsprung (vgl. Abbildung 4). Da kann Frankreich nichts gewinnen, sondern nur verlieren.

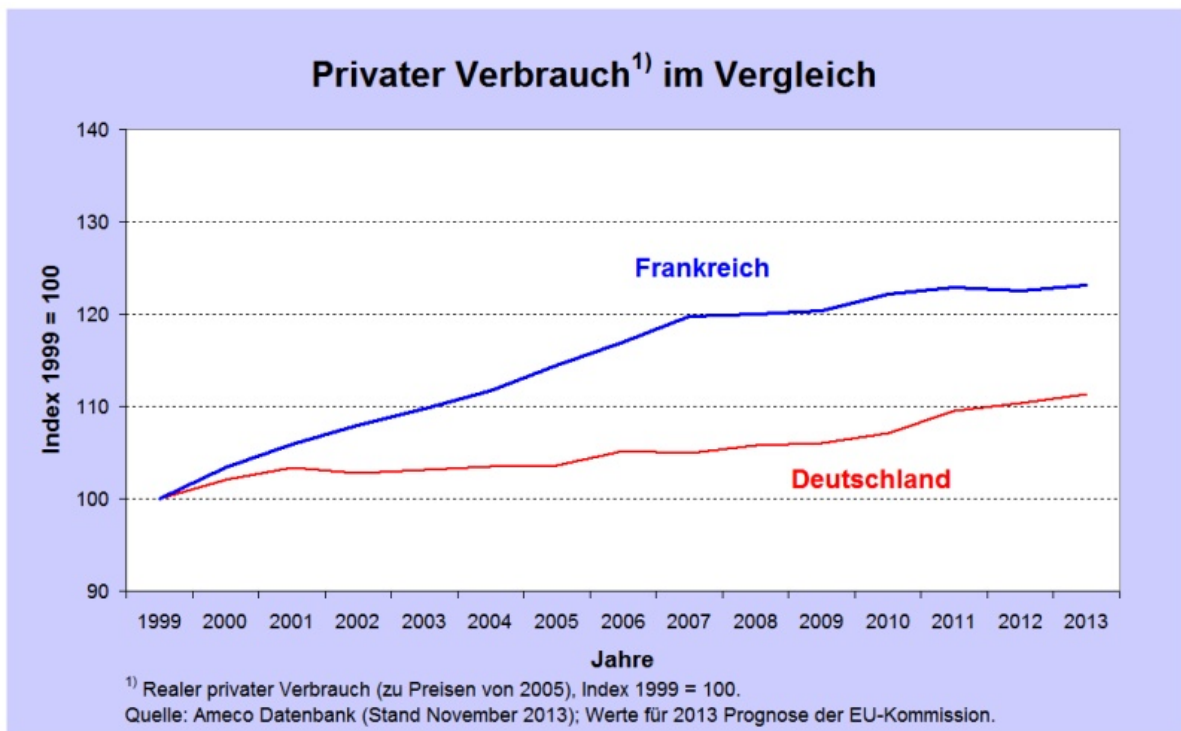
Abbildung 4



Aber selbst im falschen Rahmen der OECD ist es irreführend, einfach von einer „Wiederherstellung der Produktivkräfte“ zu reden, wie es der Generalsekretär der OECD tut. Denn wie stellt man seine Produktivkräfte in einer Marktwirtschaft wieder her? Man investiert. Aber wer investiert wann in die Verbesserung der Produktivität? Das tun überwiegend die Unternehmen. Die Unternehmen investieren aber nur in neue Anlagen und Ausrüstungen, wenn sichergestellt ist, dass es auch eine Auslastung für diese Anlagen gibt. Dazu muss die Wirtschaft wachsen. Frankreich müsste also zuerst seine Wirtschaft ankurbeln, bevor es überhaupt eine Chance hätte, die Produktivität zu erhöhen und bei gleichbleibenden Löhnen die Lohnstückkosten zu senken.

Wie aber regt man eine stagnierende Wirtschaft an? Realistisch ist das im Fall Frankreichs nur über expansive Fiskalpolitik, weil die europäische Geldpolitik schon expansiv ist, aber logischerweise nichts Spezifisches für Frankreich ausrichten kann. Expansive Fiskalpolitik aber ist wegen des Fiskalpaktes ausgeschlossen, sogar das Gegenteil wird von Brüssel gefordert. Wenn man aber die Produktivität nicht erhöhen kann, dann bleibt nur der Versuch, den auch die anderen südeuropäischen Länder gemacht haben, über sinkende Löhne die Lohnstückkosten zu senken und die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Nur: Das einzige, was in Frankreich bisher einen Einbruch der Wirtschaft aufgehalten hat, war der private Verbrauch (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5



Wer versucht, die Löhne zu senken, setzt die Säge genau an diesem einzigen noch halbwegs stehenden Pfeiler der französischen Wirtschaft an. Sinkende Nominallöhne würden, nicht anders als in Südeuropa, sofort zu einem Einbruch des privaten Verbrauchs führen. Was machen die Menschen, wenn ihr Einkommen sinkt und man ihnen sagt, das sei als dauerhaft anzusehen, weil sonst die französische Wirtschaft nicht gesunden könne? Die meisten hätten gar keine andere Wahl, als sofort ihre Nachfrage einzuschränken.

Wenn aber die nominale Nachfrage der privaten Haushalte sinkt, kann eine Wirtschaft wie die französische, in der der private Verbrauch einen Anteil von 50 Prozent am Bruttoinlandsprodukt hat, nicht gesunden. Und die Unternehmen werden schon gar nicht investieren. Die Arbeitslosigkeit wird genau wie in Südeuropa steigen, und die politische Lage wird sich in extremer Weise destabilisieren.

Zudem würde der Versuch Frankreichs, seine Nominallöhne absolut zu senken, die deflationäre Entwicklung, die ohnehin in Europa schon angelegt ist, und damit die Tendenz zur Aufwertung des Euro auf den internationalen Märkten erheblich verstärken. Deflation aber würde die derzeit ohnehin geringe expansive Wirkung der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank noch weiter schmälern (wegen steigender Realzinsen). Und der Aufwertungseffekt für den Euro würde den Versuch der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas und damit auch Frankreichs an den Weltmärkten konterkarieren.

Wie wir schon [im Falle Italiens](#) dargelegt haben, gibt es für die überbewerteten Länder (also für die Länder, die einmal an Wettbewerbsfähigkeit verloren haben) innerhalb der EWU keine Möglichkeit zu einem normalen Wachstumspfad zurückzukehren und ihre Arbeitslosigkeit zu reduzieren, wenn nicht die Politik der gesamten EWU vollständig umgekehrt wird und Deutschland sein Wirtschaftsmodell vom Kopf auf die Füße stellt. Einem einzelnen Land mag die Wiederholung des deutschen Merkantilismus gelingen, wenn es seinen Nachbarn voraus ist in der Lohnsenkung und in der Verbesserung der

Wettbewerbsfähigkeit (siehe das Beispiel Portugal und Spanien, was aber auch dort in extremer Weise auf Kosten der arbeitslos werdenden Menschen geht). Für Frankreich und Italien aber wird diese Strategiewiederholung praktisch unmöglich sein.

In Hinblick auf den Faktor Zeit ist die Lage aber noch viel verfahrenere: Denn lange bevor Länder wie Frankreich oder Italien an die objektiven wirtschaftlichen Grenzen einer Deflationsstrategie stoßen, werden die politischen Grenzen einer solchen Strategie erreicht, weil die Bürger sehr bald nicht mehr bereit sein werden, pro-europäischen Parteien in ausreichender Zahl ihre Stimme zu geben. Sind aber erst anti-europäisch denkende und handelnde Regierungen gewählt, ist es für eine Umkehr auf europäischer Ebene wohl zu spät.

Über den Autor

Veröffentlicht am: 18.11.2013 | Editiert am: 25.05.2016

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2013/11/frankreich-ist-der-grosse-verlierer-in-der-eurozone-doch-die-meisten-ratschlaege-fuer-seine-gesundung-sind-extrem-gefaehrlich/>